

24.11.67

JOHANN-WOLFGANG-GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN
-Allgemeiner Studentenausschuß (ASTA)-

RESOLUTION

12

auf Antrag des ASTA am 24.11.1967 von mehr als 1000 Studenten mit großer Mehrheit verabschiedet

1. Die hier versammelten Studenten fordern den anwesenden Kultusminister des Landes Hessen auf, dafür Sorge zu tragen, daß
 - der Negativkatalog nach Art. 35,2 Hess.Hochschulgesetz gestrichen wird;
 - die Drittelparität für alle akademischen Beschlußgremien gegen den Willen der reaktionären Mehrheit der Professoren gesetzlich erzwungen wird;
 - an den Instituten Assistenten, Studenten und Professoren gemeinsam über die Verwendung und den Einsatz der Mittel in Lehre und Forschung befinden können;
 - öffentlich über die Entscheidung der akademischen Beschlußgremien diskutiert werden kann.
2. Wir werden ein Satzungegebendes Konzil, in dem die Studenten nicht mit mindestens einem Fünftel der Teilnehmer vertreten sind, nicht anerkennen. Eine Satzung, die dermaßen ohne unsere Beteiligung zustandekommt, gilt für uns nicht. Der Hessische Kultusminister ist aufgefordert, die Professorensatzung zurückzuweisen.
3. Wie notwendig eine Demokratisierung der inneruniversitären Entscheidungen ist, wird insbesondere deutlich an den Versuchen des Rektors dieser Universität, einen aktiven Studentenverband administrativ abzuwürgen. Damit erfüllt Professor Rüegg den Willen derjenigen, denen nichts an einer demokratischen, alles aber an einer durch Notstandsgesetze faschisierten Gesellschaft liegt.
4. Rektor Rüeggs Androhung, er werde nicht teilnehmen, wenn Herr Dipl.-Ing. Wetzels die Diskussion leite, ist eine Provokation gegenüber dem Studentenparlament, das Herrn Wetzels als Diskussionsleiter eingeladen hat. Der ASTA hat sich dieser Erpressung nur gebeugt, um dem Rektor keinen Vorwand zu geben, an der Diskussion nicht teilzunehmen.
5. Wir fordern die sofortige Aufhebung der Suspendierung des SDS, die volle Wiederherstellung seiner Rechte und den Verzicht auf die Anwendung des feudalistischen Disziplinarrechts. Statt Anrufung der Gerichtsbarkeit verlangen wir endlich vernünftige Diskussionen zwischen Lehrenden und Lernenden über die politischen Dimensionen des vermittelten Lehrstoffs. Gäbe es diese Diskussionen schon heute, hätte es zu dem 'Go-in' gar nicht erst zu kommen brauchen.
6. Der Rektor wird aufgefordert, sich bei den Mitgliedern des SDS für den Ausdruck 'Einübung faschistischer Terrormethoden' zu entschuldigen. Dies ist die Voraussetzung für eine Diskussion über die Methoden, die bei dem Go-in verwendet wurden.
7. Wir bekräftigen, daß wir mehr denn je versuchen werden, politische Diskussionen in Vorlesungen und Seminaren der Universität zu beginnen. Daran werden wir uns durch repressive Maßnahmen eines Rektors, den wir nicht haben wählen dürfen, nicht hindern lassen.